

ERWIN LICHTENSTEIN

Die Juden der Freien
Stadt Danzig unter
der Herrschaft des
Nationalsozialismus

*Schriftenreihe
wissenschaftlicher Abhandlungen
des Leo Baeck Instituts*

27

Mohr Siebeck

SCHRIFTENREIHE WISSENSCHAFTLICHER ABHANDLUNGEN
DES LEO BAECK INSTITUTS

DIE JUDEN DER
FREIEN STADT DANZIG
UNTER DER HERRSCHAFT DES
NATIONALSOZIALISMUS

von

ERWIN LICHTENSTEIN



1 9 7 3

J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK) TÜBINGEN

Dieses Open Access eBook wird durch eine Förderung des Leo Baeck Institute London
und des Bundesministeriums des Innern und für Heimat ermöglicht.

©

Leo Baeck Institut, Jerusalem

J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1973

Dieses Werk ist seit 04/2024 lizenziert unter der Lizenz ‚Creative Commons Namensnennung –
Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International‘ (CC BY-SA 4.0).

Eine vollständige Version des Lizenztextes findet sich unter:

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Printed in Germany

Satz und Druck: Buchdruckerei Eugen Göbel, Tübingen

Einband: Großbuchbinderei Heinr. Koch, Tübingen

ISBN 978-3-16-834042-3

eISBN 978-3-16-163623-3 unveränderte eBook-Ausgabe 2024

VORWORT

Die Vertreibung der Juden aus Danzig in den Jahren 1933 bis 1945 ist ein historischer Vorgang, der durch seine völkerrechtliche Bedeutsamkeit keinen Vergleich mit dem Schicksal anderer jüdischer Gemeinschaften in dieser Zeitspanne zuläßt. Denn nicht den Zahlen dieses Prozesses der Ausschaltung, der Entrechtung und Verfolgung kommt dabei das Besondere zu, sondern der einzigartigen Konstellation der mitwirkenden Kräfte.

Die Freie Stadt Danzig war im Rahmen der durch den Versailler Vertrag am Ende des ersten Weltkrieges geschaffenen europäischen Neuordnung ins Leben gerufen worden, um einen Ausgleich der Interessen Deutschlands und Polens herbeizuführen. Der Wunsch Polens nach einem Zugang zum Meer und das Bestreben Deutschlands, die an der Weichselmündung ansässige deutsche Bevölkerung nicht unter polnische Herrschaft gelangen zu lassen, sollten durch die Errichtung eines staatlichen Gebildes an diesem Kreuzungspunkt widerstrebender historischer, demographischer und politischer Ansprüche in Einklang gebracht werden. Durch diese Neugründung erhielt Polen die Möglichkeit, von den bedeutenden Hafenanlagen Danzigs Gebrauch zu machen, während andererseits die kulturelle Besonderheit der überwiegend deutschen Bevölkerung voll gewahrt blieb. Die Freie Stadt wurde 1920 unter den Schutz des Völkerbundes gestellt. Dem von ihm eingesetzten Hohen Kommissar wurde die Aufgabe übertragen, als Vermittler aufzutreten und, zumindest in erster Instanz, als Schiedsrichter über entstehende Streitigkeiten zwischen Danzig und Polen zu entscheiden. Gleichzeitig hatte er als Vertrauensmann des Völkerbundes über die Innehaltung der Verfassung und der Danzig-polnischen Verträge zu wachen und dem Völkerbund Bericht zu erstatten.

In dieser Freien Stadt Danzig und ihrer um den Hafen konzentrierten Wirtschaft spielten die rund 10 000 Juden eine nicht unbeträchtliche Rolle. Aus der stillen Provinzstadt der Vorkriegszeit war mit erheblicher Beteiligung jüdischer Kaufleute ein wichtiger Export- und Importhafen geworden. Der in Versailles entstandene Plan wäre durch die Wirklichkeit gerechtfertigt worden, hätten nicht politische Bestrebungen die wirtschaftliche Entwicklung Danzigs immer wieder empfindlich gestört.

Als am 30. Januar 1933 der Nationalsozialismus in Deutschland zur Macht kam und kurz danach die „Gleichschaltung“ der Regierungsgewalten auch in

Danzig erfolgte, standen sich auf dem kleinen Raum dieser Stadt zwei Faktoren gegenüber. Einmal die dynamische Kraft, die eine Ausweitung des deutschen Lebensraumes erstrebte und mit allen Mitteln zur Durchführung brachte, und andererseits die Rechtsordnung des Völkerbundes, der sich um Erhaltung des Sicherheitsventils bemühte, als das die Freie Stadt Danzig im Hinblick auf Polen und Deutschland gedacht war.

Dem Zusammenprall zwischen Recht und Gewalt fielen vorwiegend die politischen und religiösen Minderheiten zum Opfer, Gruppen, deren Schutz durch die Verfassung und den Völkerbund ausdrücklich garantiert war. Ihre Ausschaltung setzte sofort nach der Übernahme der Danziger Regierung durch die NSDAP ein und führte zu zahlreichen Beschwerden an den Völkerbundsrat. Als sich aber von Mal zu Mal offensichtlicher herausstellte, daß der Völkerbundsrat nicht imstande war, den Minderheiten wirksamen Schutz zu gewährleisten, nahm das Schicksal seinen Lauf.

Der Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben folgte als unmittelbare Konsequenz der nationalsozialistischen Judenpolitik die Vertreibung, die im großen und ganzen bei Ausbruch des zweiten Weltkrieges und der damit verbundenen Rückgliederung Danzigs an Deutschland abgeschlossen war. Nicht sehr lange danach wurde der noch in Danzig verbliebene Rest deportiert und damit das Ziel der Nationalsozialisten, die völlige Auflösung der jüdischen Gemeinde und ihrer Einrichtungen, erreicht.

Der Verfasser widmet diese Darstellung dem Andenken der Männer und Frauen, die sich in jenen schweren Jahren bemühten, der gegen die Danziger Juden angewandten Gewalt entgegenzutreten und, nachdem Widerstand unmöglich geworden war, einer so großen Zahl wie nur irgend möglich wenigstens das Leben zu retten.

An dieser Stelle soll auch das Werk meines alten Freundes Samuel Echt über die Geschichte der Juden in Danzig seit ihrer Niederlassung unter den pommerellischen Herzögen erwähnt werden, das zur Zeit, da diese Niederschrift vorgenommen wurde, noch nicht im Druck vorlag. Samuel Echt übersandte mir im Jahre 1962 sein umfangreiches Manuskript, das die Historie der Juden im Danziger Raum in breitem Rahmen darstellte, und ich fand darin reiches Material über die Geschichte der jüdischen Vorortgemeinden und später der Einheitsgemeinde in Danzig, das Echt einerseits in amerikanischen Archiven gefunden hatte, andererseits aber auch seiner engen Verbundenheit mit der Danziger Gemeinde und ihren ehemaligen Mitgliedern verdankte. Seine Arbeit ging in ihrer historischen Themastellung weit über das hinaus, was mein Anliegen war. Gern bin ich seinem Wunsche nachgekommen, seiner Geschichte der Juden in Danzig einige Worte des Geleites voranzustellen. Ich bin ihm auch zu Dank verpflichtet, daß er mir in Amerika erschienene Literatur, die für meinen engeren Gesichtspunkt aufschlußreich war, zugänglich machte.

An mehreren Stellen beruft sich Günter Grass in seinem jüngsten Buche „Aus dem Tagebuch einer Schnecke“ auf Berichte und Nachrichten, sowie auf vielfaches Tatsachenmaterial, das er von mir erhalten hatte. Er erzählt von unseren Zusammenkünften, bei denen ich ihm manches aus meiner eigenen Erfahrung mitgeteilt und „trockne Erlasse und Senatsprotokolle, die gestelzten Verharmlosungen eines Verbrechens“ vorgelegt habe. Der Leser dieses „Tagebuchs einer Schnecke“ wird in den die Endzeit der Geschichte der Juden in Danzig nachzeichnenden Kapiteln des Buches von Günter Grass den Niederschlag meiner Informationen finden.

Die vorliegende Darstellung stützt sich in der Hauptsache auf dokumentarisches Material, das dem Verfasser in seiner Eigenschaft als Syndikus der Synagogen-Gemeinde zu Danzig in den Jahren 1933 bis 1939 und als Redakteur des *Gemeindeblatts* erreichbar war, sowie auf persönliche Erlebnisse und Erinnerungen aus dieser Zeit. Darüber hinaus konnte der Verfasser auch eine Reihe von Dokumenten aus anderweitigem Privatbesitz verwerten. Allen denen, und nicht zuletzt auch den öffentlichen Archiven, die ihm durch Überlassung von Dokumenten, durch Übermittlung von Einzelheiten, Ergänzungen und Berichtigungen bei der Abfassung dieser Schrift geholfen haben, sei hiermit der herzlichste Dank ausgesprochen. Ebenso Frau Annelise Freund und den übrigen Mitarbeitern des Leo Baeck Instituts, die sich um die Drucklegung des Manuskripts verdient gemacht haben. Desgleichen danke ich meiner Frau für die große Hilfe, die ich auch bei dieser Arbeit durch sie erfahren habe.

Erwin Lichtenstein

INHALT

Vorwort	V
Verzeichnis der Dokumente	XI

Kapitel I

DIE FREIE STADT DANZIG 1920–1933

1. Land und Leute	1
2. Völkerrechtliche Grundlagen und Verfassung	2
3. Freie Stadt wider Willen	3
4. Konflikte mit Polen	5
5. Innenpolitische Entwicklung	6
6. Rückblick auf 50 Jahre Gemeindeggeschichte	9

Kapitel II

DIE ÄRA RAUSCHNING

1. Die deutsch-polnischen Beziehungen nach 1933	11
2. Judenpolitik auf zwei Ebenen	14
3. Die neue Leitung der Gemeinde	18
4. Die Errichtung der jüdischen Schulen und Kulturinstitutionen	21
5. Schächtverbot, Kollektivbeleidigung und Boykott – bis zum Rücktritt Rauschnings	28

Kapitel III

DIE ÄRA GREISER

1. Erfolglose Verhandlungen mit der Regierung	32
2. Die Petition an den Völkerbund	35
3. Die Guldenabwertung	44
4. Die Lage nach den Genfer Entscheidungen bis zum Rücktritt Sean Lesters	46

Kapitel IV
DIE ÄRA FORSTER

1. Die Vollmachten des neuen Hohen Kommissars	50
2. 1937 – Von der Politik der Ausschaltung zur Vertreibung	52
3. 1938 – Das Jahr der Pogrome	71
4. 1939 – Beginn der Auflösung der Danziger Jüdischen Gemeinde	94

Kapitel V
DIE KRIEGSJAHRE

1. Der Einfluß des Anschlusses auf die Lage der Juden	118
2. Die Razzia am 1. September 1939 und weitere Verfolgungen	119
3. Die Gemeinde vor neuen Aufgaben	124
4. Weitere Transporte	128
5. Die Deportationen 1941–1943	141
6. Juden in Danzig nach den Deportationen	146
Dokumente	149
Quellenverzeichnis	236
Namenregister	238

VERZEICHNIS DER DOKUMENTE

Dokumente zu Kapitel I

Nr. 1	Auszug aus der Verfassung der Freien Stadt Danzig	149
Nr. 2	Schriftwechsel mit dem Danziger Senat aus dem Jahre 1932	151
Nr. 3	Artikel von Dr. Isaak Landau in „Das Jüdische Volk“, Monatsschrift der Jüdischen Volkspartei, Danzig (März 1933)	153
Nr. 4	Auszug aus dem Beschluß des Oberverwaltungsgerichts Danzig vom 17. Juni 1933	155

Dokumente zu Kapitel II

Nr. 1	Eingabe an den Senatspräsidenten vom 12. September 1933	157
Nr. 2	Ergänzungen zur vorstehenden Eingabe (Nr. 1) vom 11. Oktober 1933	162
Nr. 3	Vermerk über die Besprechung mit Dr. Rauschnig am 27. Oktober 1933	164
Nr. 4	Jüdisches Gemeindeblatt, VI. Jg., Nr. 4, 1. November 1933	167
Nr. 5	Notizen über die Besprechung mit Dr. Rauschnig am 2. Juli 1934	168
Nr. 6	Beschwerde der Synagogen-Gemeinde an den Senatspräsidenten vom 4. Juli 1934	171
Nr. 7	Beschwerde der Synagogen-Gemeinde an den Senatspräsidenten vom 20. Juli 1934	171
Nr. 8	Antwort des Senatspräsidenten an die Synagogen-Gemeinde vom 27. Juli 1934	173
Nr. 9	Jüdisches Gemeindeblatt, VI. Jg., Nr. 22, 1. August 1934	173
Nr. 10	Schreiben der Abteilung Wirtschaft und Arbeit des Danziger Senats an die Synagogen-Gemeinde vom 25. August 1934	174
Nr. 11	Schreiben des Deutschen Generalkonsulats, Danzig an das Auswärtige Amt, Berlin vom 10. September 1934 (sowie Abschrift des Briefes des Hohen Kommissars Lester an den Danziger Senatspräsidenten vom 30. August 1934)	174

Dokumente zu Kapitel III

Nr. 1	Aufzeichnung über die Besprechung der Vertreter der Synagogen-Gemeinde mit dem Vizepräsidenten des Senats, Greiser, am 16. Oktober 1934	176
Nr. 2	Auszug aus den Aufzeichnungen über die zweite Besprechung mit Greiser am 8. November 1934	179

Nr. 3	Beschwerde der Synagogen-Gemeinde an Greiser vom 13. November 1934	182
Nr. 4	Beschwerde der Synagogen-Gemeinde an den Danziger Senat vom 5. Februar 1935	183
Nr. 5	Beschwerde der Synagogen-Gemeinde an den Senatspräsidenten vom 14. März 1935	184
Nr. 6	Greisers Antwort vom 19. Februar 1935	184
Nr. 7	Schreiben des Deutschen Generalkonsulats, Danzig an das Auswärtige Amt, Berlin vom 26. Oktober 1935 (sowie Abschrift der Aufzeichnung eines Gesprächs des Obergerichtspräsidenten mit dem Hohen Kommissar Lester vom 23. Oktober 1935)	185
Nr. 8	Jüdisches Gemeindeblatt, VIII. Jg., Nr. 20, 15. Juni 1935	186
Nr. 9	Schreiben der Abteilung für Volksaufklärung und Propaganda des Danziger Senats an den Senatspräsidenten vom 30. Juli 1935	187
Nr. 10	Schreiben des Danziger Polizei-Präsidenten an das „Danziger Echo“ vom 18. Juli 1936	188
Nr. 11	Jüdisches Gemeindeblatt, VII. Jg., Nr. 13, 1. März 1935	189
Nr. 12	Schreiben des Deutschen Generalkonsulats, Danzig an das Auswärtige Amt, Berlin vom 14. April 1937	191
Nr. 13	Schreiben des Deutschen Konsulats, Genf an das Auswärtige Amt, Berlin vom 22. Juli 1936	193

Dokumente zu Kapitel IV

Nr. 1	Schreiben des Deutschen Generalkonsulats, Danzig an das Auswärtige Amt, Berlin vom 29. Oktober 1937 (sowie Übersetzung der polnischen Note vom 23. Oktober 1937)	193
Nr. 2	Memorandum des Jüdischen Weltkongresses an die Außenminister Englands, Frankreichs und Schwedens als Mitglieder des Dreierkomitees des Völkerbundsrats (Genf, den 31. Oktober 1937)	194
Nr. 3	Mitteilung des Deutschen Konsulats, Genf an das Auswärtige Amt, Berlin vom 3. November 1937 (sowie Dementi der Pressestelle des Danziger Senats vom 4. November 1937)	198
Nr. 4	Schreiben des Deutschen Konsulats, Genf an das Auswärtige Amt, Berlin vom 8. November 1937 (sowie neues Memorandum des Jüdischen Weltkongresses vom 5. November 1937)	200
Nr. 5	Bericht des Hohen Kommissars Burckhardt an den Unter-Generalsekretär des Völkerbunds, Frank Walters, vom 13. November 1937	202
Nr. 6	Vermerk des Senatsrats Böttcher vom 26. November 1937 über eine Unterredung mit dem Hohen Kommissar Burckhardt	203
Nr. 7	Schreiben des Deutschen Generalkonsulats, Danzig an das Auswärtige Amt, Berlin vom 29. November 1937 (sowie Beschwerde des polnischen Diplomatischen Vertreters in Danzig vom 15. November 1937)	204
Nr. 8	Jüdisches Gemeindeblatt, X. Jg., Nr. 6, 5. November 1937	208
Nr. 9	Kurzer Überblick über die Geschichte der Jewish Public Bank	209
Nr. 10	Schreiben Greisers an den polnischen Diplomatischen Vertreter in Danzig vom 14. Dezember 1937	209
Nr. 11	Jüdisches Gemeindeblatt, X. Jg., Nr. 13, 31. Dezember 1937	210
Nr. 12	Schreiben des Deutschen Generalkonsulats, Danzig an das Auswärtige Amt, Berlin vom 29. September 1938 (sowie Verordnung betreffend Ausschaltung jüdischer Ärzte vom 23. September 1938)	212

Nr. 13	Das Auswärtige Amt, Berlin, September 1938, zur Ausschaltung jüdischer Ärzte in Danzig	213
Nr. 14	Schreiben des Deutschen Generalkonsulats, Danzig an das Auswärtige Amt, Berlin vom 19. November 1938 (sowie Vermerk über eine Unterredung mit dem Hohen Kommissar wegen des Beamten-, resp. Blut-schutzgesetzes)	214
Nr. 15	Vermerk des Staatssekretärs von Weizsäcker vom 19. Dezember 1938	216
Nr. 16	Jüdisches Gemeindeblatt, XI. Jg., Nr. 8, 11. November 1938	216
Nr. 17	Schreiben des Deutschen Generalkonsulats, Danzig an das Auswärtige Amt, Berlin vom 8. Dezember 1938	218
Nr. 18	Schreiben des Deutschen Generalkonsulats, Danzig an das Auswärtige Amt, Berlin vom 27. Dezember 1938 und 20. Januar 1939	219
Nr. 19	Verordnung über die Regelung der Schäden in der Glasversicherung vom 28. Januar 1939	220
Nr. 20	Rechtsverordnung betreffend Änderung des Gesetzes über die Verhältnisse der Juden vom 23. Juli 1847 (G. S. S. 263) vom 14. März 1939	221
Nr. 21	Verordnung zur Förderung und Sicherstellung der jüdischen Auswanderung aus dem Gebiet der Freien Stadt Danzig vom 3. März 1939 . .	222
Nr. 22	Verordnung betreffend die Entjudung der Danziger Wirtschaft und des Danziger Grundbesitzes vom 22. Juli 1939	225
Nr. 23	Bericht über den Auswanderungstransport von Danzig mit der „Astir“ von Irma Feibusch	226

Dokumente zu Kapitel V

Nr. 1	Erlaß des Reichsstatthalters Forster vom 29. Mai 1940	231
Nr. 2	Notizen von David Jonas	232
Nr. 3	Faksimile eines Roten-Kreuz-Briefes an den Verfasser vom 20. November 1942	235

KAPITEL I

DIE FREIE STADT DANZIG 1920–1933

1. LAND UND LEUTE

Der Weltatlas von Knaur, Ausgabe 1937, gibt folgende Schilderung der Freien Stadt Danzig:

„Die Freie Stadt Danzig liegt beiderseits der Mottlau und am linken Ufer des westlichen Weichselarmes (Tote Weichsel) nahe seiner Mündung in die Danziger Bucht und lehnt sich im Westen an die Danziger Höhe (154 m), die vielfach mit prächtigen Buchenwäldern bestandenen Ostabhänge des Baltischen Landrückens. Das Staatsgebiet erstreckt sich nach SW etwa 25 km auf die bis 274 m ansteigende Hochfläche hinauf, im Osten umfaßt es die größtenteils unter dem Meeresspiegel gelegene grüne Niederung des Danziger und Marienburger Werders, das Schwemmland der Weichsel, ferner einen kleinen Teil des Frischen Haffs und der Frischen Nehrung. Die recht willkürlich gezogene Grenze beginnt unmittelbar nördlich von Zoppot, läßt im Süden den Eisenbahnknotenpunkt Dirschau bei Polen und folgt von der Montauer Spitze der Nogat, dem Mündungsarm der Weichsel in das Frische Haff ...

Danzig, amtl. Freie Stadt Danzig, ist ein Freistaat; der Senat, mit dem Senatspräsidenten an der Spitze, ist die oberste Regierungs- und Landesbehörde. Allgemeines Wahlrecht für den Volkstag. Für Streitfragen zwischen Polen und Danzig ist ein Hoher Kommissar des Völkerbundes als Schiedsrichter vorgesehen; Berufungsinstanz: Rat des Völkerbundes. Die Flagge ist rot mit einem gekrönten Doppelkreuz. Technische Hochschule (gegr. 1904). – Das deutsche Danzig wurde durch das Versailler Diktat gegen den Willen der Bevölkerung vom Reich abgetrennt; am 9. November 1920 zur Freien Stadt erklärt; seit 1933 nationalsozialistische Regierung.

Fläche und Bevölkerung. Fläche: 1894 qkm; Bevölkerung: 410 000 Einwohner, das sind 215,2 Einwohner je qkm. Die Bevölkerungsdichte Danzigs ist also sehr hoch. Die Bevölkerung des Staatsgebiets ist zu 96 % deutsch; dem Bekenntnis nach zu nicht ganz zwei Drittel protestantisch, zu über ein Drittel katholisch und zu etwa 3 % israelitisch.“

2. VÖLKERRECHTLICHE GRUNDLAGEN UND VERFASSUNG

Der Vertrag von Versailles vom 28. Juni 1919, welcher den ersten Weltkrieg beendete, legte in Artikel 100 fest, daß Deutschland zugunsten der alliierten und assoziierten Hauptmächte auf alle Rechte und Ansprüche auf das Gebiet der Stadt Danzig und ihrer Umgebung verzichtet. Weiterhin heißt es im Versailler Vertrag¹:

Artikel 102: Die alliierten und assoziierten Mächte verpflichten sich, die Stadt Danzig nebst dem im Artikel 100 bezeichneten Gebiet zur freien Stadt zu erklären. Sie wird unter den Schutz des Völkerbundes gestellt.

Artikel 103: Die Verfassung der freien Stadt Danzig wird im Einvernehmen mit einem Oberkommissar² des Völkerbundes von ordnungsmäßig ernannten Vertretern der freien Stadt ausgearbeitet. Sie wird unter die Bürgerschaft des Völkerbundes gestellt.

Der Oberkommissar wird ebenso beauftragt, in erster Instanz über alle Streitigkeiten zu entscheiden, welche sich zwischen Polen und der freien Stadt über den gegenwärtigen Vertrag oder die ergänzenden Abmachungen und Vereinbarungen ergeben.

Der Oberkommissar hat seinen Sitz in Danzig.

Artikel 104: Ein Abkommen, dessen Wortlaut festzulegen sich die alliierten und assoziierten Hauptmächte verpflichten und das zur gleichen Zeit in Kraft treten wird, wenn die Erklärung Danzigs zur freien Stadt erfolgt, soll zwischen der polnischen Regierung und der genannten in Aussicht genommenen freien Stadt getroffen werden:

1. um die freie Stadt Danzig in das polnische Zollgebiet aufzunehmen und eine Freizone im Hafen einzurichten;
2. um Polen ohne jede Einschränkung den freien Gebrauch und die Benutzung der Wasserstraßen, Docks, Hafenbecken, Kais und sonstigen Anlagen im Gebiet der freien Stadt zu sichern, welche für die Einfuhr und Ausfuhr aus Polen notwendig sind;
3. um Polen die Überwachung und Verwaltung der Weichsel und des gesamten Eisenbahnnetzes im Gebiete der freien Stadt zu sichern, abgesehen von den Straßenbahnen und anderen Bahnen, die in erster Linie den Bedürfnissen der freien Stadt dienen, ebenso wie die Überwachung und Verwaltung des Post-, Telegraphen- und Telephonverkehrs zwischen Polen und dem Hafen von Danzig;
4. um Polen das Recht des Ausbaues und der Verbesserung der Wasserstraßen, Docks, Hafenbecken, Kais, Eisenbahnen und sonstiger vorbezeichneter Anlagen und Verkehrsmittel zu sichern und zu angemessenen Bedingungen die hierzu notwendigen Grundstücke und anderes Eigentum zu mieten oder zu kaufen;
5. um dafür zu sorgen, daß in der freien Stadt Danzig kein benachteiligender Unterschied zum Schaden polnischer Staatsangehöriger oder anderer Personen polnischer Abstammung oder Sprache gemacht wird;

¹ Zitiert nach „Der Friedensvertrag nebst Ausführungsgesetzen“, Verlag Reimar Hobbing, Berlin 1920.

² Die Übersetzung „Oberkommissar“ für *High Commissioner* ist unrichtig. Die Amtsbezeichnung war: Hoher Kommissar.

6. um die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten der freien Stadt Danzig durch die polnische Regierung zu sichern, ebenso wie den Schutz ihrer Staatsangehörigen im Auslande.

Artikel 105: Von dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages an werden die deutschen Reichsangehörigen, die das im Artikel 100 bezeichnete Gebiet bewohnen, ohne weiteres (ipso facto) die deutsche Reichsangehörigkeit verlieren, da sie Staatsangehörige der freien Stadt Danzig werden.

Die in Artikel 103 des Versailler Vertrages vorgesehene Verfassung wurde in weitgehender Anlehnung an die Weimarer Verfassung vom 11. August 1919 ausgearbeitet und am 11. Mai 1922 vom Hohen Kommissar des Völkerbundes bestätigt. Sie trat am 14. Juni 1922 in Kraft. Viele ihrer Bestimmungen sollten dazu dienen, den demokratischen Charakter der Freien Stadt und die Grundrechte ihrer Bürger zu gewährleisten. Aber es waren gerade diese Artikel der vom Völkerbund garantierten Verfassung, die von 1933 bis 1939 in immer zunehmendem Maße ihre praktische Wirksamkeit verlieren sollten³.

3. FREIE STADT WIDER WILLEN

Soweit die völker- und verfassungsrechtlichen Grundlagen. Die Mehrzahl der Danziger Bevölkerung jedoch war ebensowenig mit der Abtrennung Danzigs vom Deutschen Reich einverstanden wie die Deutschen selber. Schon vor Unterzeichnung des Versailler Vertrages hatte Deutschland, am 29. Mai 1919, gegen die Abtrennung Danzigs protestiert, und auch in Danzig hatten Kundgebungen der Bevölkerung gegen die Abtrennung stattgefunden. Der Bundesminister des Innern in Bonn charakterisierte die Beziehung zwischen Danzig und Deutschland 1955⁴ wie folgt:

„Als Danzig am 10. Januar 1920 vom Reich und Preußen abgetrennt und Freie Stadt wurde, galt das Reichs- und Preußische Recht weiter... Die Gesetzgebung in Danzig hielt ganz allgemein mit der deutschen Gesetzgebung bewußt Schritt... Auch im übrigen war die Zusammenarbeit zwischen den deutschen und Danziger Behörden so geregelt, daß sie nach Möglichkeit auf gleichem Fuße miteinander verkehrten und praktisch so verfahren, als ob Staatsgrenzen nicht beständen.“ Der Bundesminister sprach weiterhin von dem „beiderseitigen Bestreben, die 1920 erfolgte Abtrennung Danzigs nach Kräften zu überbrücken und die aus gemeinsamer Rechtsvergangenheit übernommene Rechtslage auch in Zukunft gleichmäßig und damit so zu gestalten, als ob die Trennung nicht bestünde.“

Diese, in einer Verwaltungsstreitsache gegebene Charakterisierung stützte sich auf Erwägungen juristischer Art. Aber auch vom historischen Standpunkt

³ Die einschlägigen Artikel der Verfassung sind als Dokument I, 1 wiedergegeben.

⁴ Verwaltungsstreitsache Berent ./i. Bundesminister des Innern, VI A 214/55.

aus hatte sie ihre Gültigkeit. Deutschland und Danzig verhielten sich tatsächlich nach 1920 so, „als ob die Trennung nicht bestünde“.

Da sie ihnen in Versailles als Ergebnis des deutschen Zusammenbruchs und der Wieder-Errichtung Polens auferlegt worden war, mußten sie sich zwar mit den Gegebenheiten abfinden. Aber sie konnten zu der Schaffung der Freien Stadt Danzig nicht „ja“ sagen und versuchten, einen so engen Kontakt beizubehalten, „als ob die Trennung nicht bestünde“ – in Erwartung des Tages, an dem sie ein Ende nehmen würde.

Diese Haltung konnte sich allerdings nicht auf die Geschichte Danzigs stützen. Erst 1793, nach der zweiten Teilung Polens, war Danzig an Preußen angegliedert worden, um die Verbindung zwischen den bis dahin von polnischen Gebieten unterbrochenen Teilen Preußens herzustellen. Davor hatte Danzig als Freie Hansestadt eine bedeutende Rolle gespielt, nachdem es sich im 15. Jahrhundert der Herrschaft des Deutschen Ritterordens entzogen und der Oberhoheit der polnischen Könige unterstellt hatte. Es verdankte seine Blüte der Verbindung mit dem polnischen Hinterland, und das sorgsam gehütete Danziger Stadtbild legte Zeugnis ab für den Reichtum und den Unternehmungsgeist jener Zeit. Versailles erfand also nichts Neues, als es mit der Auferstehung Polens die Freie Stadt Danzig ins Leben rief, sondern knüpfte an eine große Danziger Tradition an.

Aber die Tradition einer Freien Stadt war durch den Nationalismus des 19. Jahrhunderts, durch die Entstehung des Deutschen Reiches von 1871 verdrängt worden. Die Mehrzahl der Danziger wollte beim Reich bleiben, und es gab nach 1920 nur wenige, die bereit waren, ein neues Blatt in der Geschichte ihrer Stadt zu beginnen, und die die Loslösung Danzigs vom Reich nicht als schmerzende, offen zu haltende Wunde empfanden. Zu den wenigen, welche die neue Aufgabe Danzigs bejahten und für Versöhnung zwischen Deutschland und Polen eintraten, gehörten die Kreise um die Danziger *Liga für Menschenrechte*, die 1923 von Kurt Großmann gegründet wurde. Die führende Persönlichkeit dieser Gruppe war der Landgerichtsdirektor Dr. Hans Zint, ein überzeugter Sozialist und Pazifist, Vorsitzender der Schopenhauer-Gesellschaft, der Verbindung mit Gandhi und Romain Rolland unterhielt⁵.

Eine zweite Gruppe, hauptsächlich Juden aus Rußland und Polen, die sich erst nach der Abtrennung von Deutschland in Danzig niedergelassen hatten, bemühte sich um den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Danzig und Polen. Ihnen hatte Danzig einen bedeutenden Aufschwung im Export und Import von Holz, Getreide, Heringen und Kolonialwaren zu verdanken, der die ehemalige preußische Provinzialhauptstadt zu einem internationalen Umschlagplatz machte.

⁵ Dr. Hans Zint (1882–1945) wurde 1927 in die unter Führung der SPD gebildete Danziger Regierung berufen, 1930 Landgerichtspräsident in Stettin, 1932 in Breslau, 1933 wegen Verweigerung des Hitlergrußes pensioniert.

Mit Hilfe jüdischer Kreise wurde 1923 in Danzig eine Wochenzeitung ins Leben gerufen, die unter dem Namen *Danziger Rundschau* den Versuch unternahm, den nationalistischen Strömungen entgegenzutreten und der Verständigung zwischen Danzig und Polen zu dienen. Ihr Chefredakteur war anfangs Dr. Karl Eugen Müller⁶, später Dr. Erwin Lichtenstein. In dieser Zeitung kamen Stimmen namhafter Persönlichkeiten zu Wort, die in der gespannten Atmosphäre der zwanziger Jahre klärend und beruhigend zu wirken suchten. Aus finanziellen Gründen mußte die Zeitung aber 1926 ihr Erscheinen einstellen.

4. KONFLIKTE MIT POLEN

Auf Grund des Artikels 104 des Versailler Vertrags führten im Jahre 1920 die polnische Regierung und der Senat der Freien Stadt Danzig Verhandlungen, um die in diesem Vertrag vorgesehenen Rechte Polens in Danzig zu definieren. Ein entsprechendes Abkommen zwischen Danzig und Polen wurde am 9. November 1920 unterzeichnet. Es sah u.a. vor, zur Überwachung des Danziger Hafens einen „Ausschuß für den Hafen und die Wasserwege von Danzig“ zu bilden, dem zu gleichen Teilen Vertreter Danzigs und Polens angehören sollten, unter dem Vorsitz eines Neutralen, auf den sich beide Seiten geeinigt hatten.

Von 1920 bis 1933 ergaben sich jedoch aus den Interessenkonflikten zwischen Polen, das vor allem den ungehinderten Zugang zum Meer durchsetzen wollte, und Danzig, das seinen deutschen Charakter und seine Unabhängigkeit von Polen betonte, zahllose Streitfälle, welche die Hohen Kommissare des Völkerbundes in Danzig und den Völkerbundsrat in Genf unaufhörlich beschäftigten⁷. Von besonderer Bedeutung waren die Meinungsverschiedenheiten, welche die Ausnutzung des Danziger Hafens betrafen. Im Juni 1920, während des russisch-polnischen Krieges, weigerten sich die Danziger Dockarbeiter, von Frankreich geliefertes Kriegsmaterial für Polen in Danzig auszuladen. Ebenso lehnte der damalige Präsident des Danziger Senats, Dr. Heinrich Sahm, die Forderung Polens ab, im Danziger Hafen ein Munitionsdepot zu unterhalten, und bemerkte, daß Polen dieses Depot in dem kleinen Fischerhafen Gdingen, 15 Meilen nördlich von Danzig im polnischen Gebiet gelegen, errichten könne. Daraufhin bauten die Polen von 1924 ab den Hafen von Gdingen in großem Maßstab mit französischer Hilfe aus. Auf diese Weise entstand ein Konkurrenzhafen für Danzig, und spätere Proteste der Danziger Regierung gegen den Ausbau Gdingens wurden vom Völkerbundsrat am 10. Mai 1932 abgewiesen.

⁶ Vorher Chefredakteur der liberalen *Danziger Zeitung* und später Chefredakteur der *Neuen Badischen Landeszeitung*, Mannheim.

⁷ Zwischen 1922 und 1933 gab es 106 solcher Streitfälle. Vgl. *Leonhardt*, S. 30 ff., und *Denne*, S. 22 ff.

Bis Anfang 1933 dauerten diese Konflikte zwischen Danzig und Polen an. Eine Änderung der Situation trat erst ein, als die Nationalsozialisten die Regierung in Danzig übernahmen – so paradox dies auf den ersten Blick erscheinen mag. Im September 1933 kam der polnische Ministerpräsident nach Danzig, und wenige Tage nach diesem Besuch verschwanden die Danzig-polnischen Streitfragen von der Tagesordnung des Völkerbundsrates⁸.

5. INNENPOLITISCHE ENTWICKLUNG

Der Danziger Volkstag bestand aus 120 Abgeordneten. Nach den Wahlen von 1920, 1923 und 1927 ergab sich folgende Konstellation:

	1920	1923	1927
Deutschnationale	34	34	25
Sozialdemokraten	19	29	42

Demgemäß bildeten entweder die Deutschnationalen oder die Sozialdemokraten Koalitionen mit den Gruppen der Mitte, dem Zentrum und den Liberalen. Allerdings war der Senat, die Regierung, in Anlehnung an die Kommunalverfassung, zunächst aus acht hauptamtlichen, auf vier Jahre gewählten Senatoren, und 14 parlamentarischen, vom Vertrauen der Parlamentsmehrheit abhängigen Senatoren zusammengesetzt, und dies schwächte den Einfluß der Sozialdemokraten, als sie von 1925 bis 1927 erstmalig die Regierung bildeten. Nach den Wahlen von 1927, welche wiederum die Sozialdemokraten zur Regierung brachten, wurde eine Verfassungsänderung (am 4. Juli 1930) durchgeführt, welche den Senat auf zwölf Senatoren – davon sechs besoldete, sechs unbesoldete, aber alle vom Vertrauen des Volkstages abhängig – und den Volkstag auf 72 Abgeordnete beschränkte.

Drei jüdische Abgeordnete traten in den ersten Jahren der Freien Stadt im Volkstag bzw. im Senat hervor: der ersten Regierung gehörte als Handels-senator Julius Jewelowski⁹, der Vertreter der Liberalen, an. Er vertrat bei den Verhandlungen mit Polen die Interessen Danzigs mit großer Energie, mußte sich aber später aus dem politischen Leben zurückziehen.

In der sozialdemokratischen Fraktion zeichnete sich der Arzt Dr. Hans Bing¹⁰ als scharfer Kämpfer gegen die 1923 mit sieben Abgeordneten in den Volkstag eingetretenen Nationalsozialisten aus.

⁸ Vgl. *Denne*, S. 47.

⁹ Am 2. Januar 1875 geboren, am 15. April 1951 in London gestorben. Senatspräsident *Sahm* (S. 49 und 82) hat Jewelowskis Wirken für Danzig in seinen Erinnerungen gewürdigt. Ebenso erkennt *Ziehm* (S. 62), Sahms Nachfolger, Jewelowskis Leistung an.

¹⁰ Am 3. Januar 1889 geboren, am 5. Januar 1939 in New York gestorben.

Von 1924 an war der Landgerichtsrat Dr. Bernhard Kamnitzer¹¹ als sozialdemokratischer Abgeordneter Mitglied des Volkstages und vertrat seine Fraktion in den beiden Koalitionsregierungen, zuletzt in dem wichtigen Amte des Finanzsenators. In dieser Eigenschaft gelang es ihm, in der Haager Konferenz von 1930 die Befreiung Danzigs von den Kriegsschulden zu erwirken; außerdem erlangte er günstige Auslandsanleihen für Danzig und knüpfte bei einem Staatsbesuch in Moskau Handelsbeziehungen mit Rußland an.

Danzigs Situation änderte sich jedoch grundlegend durch die Volkstagswahlen vom 16. November 1930, in denen die Nationalsozialisten mit zwölf Abgeordneten die zweitstärkste Partei im Volkstag wurden. Die Sozialdemokraten waren mit 19, und die Deutschnationalen mit zehn Abgeordneten vertreten. Die Deutschnationalen, unter Führung des Oberverwaltungsgerichtsrats Dr. Ernst Ziehm, bildeten mit den Gruppen der Mitte eine Minderheitsregierung, die von den Stimmen der NSDAP abhängig war. Senatspräsident Dr. Heinrich Sahn, der seit 1920 alle Regierungen überdauert hatte, schied aus und wurde als Oberbürgermeister nach Berlin berufen.

Auf diese Weise war in Danzig eine innenpolitische Situation entstanden, welche sich grundlegend von der Lage im Reich unterschied. In Deutschland befanden sich die Nationalsozialisten damals in einer schwierigen Lage und erhielten bei den Reichstagswahlen von 1932 nur ein Drittel der Stimmen. Die starke Stellung der Partei in Danzig und ihr Einfluß auf die Regierung Ziehm ließen Hitler den Gedanken erwägen, in Danzig Zuflucht zu suchen, falls für ihn die Lage in Deutschland unhaltbar werden sollte. Er erkundigte sich bei seinen Danziger Vertrauensmännern, dem Gauleiter Albert Forster und dem stellvertretenden Gauleiter Dr. Hermann Rauschning, wie es um die Auslieferungsvereinbarungen zwischen Danzig und Deutschland stehe. Der Gedanke wurde aber nicht weiter verfolgt, da die Regierung des Kanzlers von Papen vor einem Verbot der NSDAP zurückschreckte¹².

Nach den Wahlen zögerten die Danziger Nationalsozialisten nicht, ihre neu gewonnene Machtstellung auszunutzen und traten stärker als zuvor in die Öffentlichkeit. In Versammlungsreden, in Presseäußerungen, auf Plakaten und selbst in gelegentlichen Gewalttätigkeiten gegen einzelne Juden betrieben sie offen ihre Judenhetze und propagierten den Wirtschaftsboykott jüdischer Geschäfte, Ärzte und Anwälte. In einem Werbeumzug am 24. Juli 1932 wurde ein Wagen mitgeführt, der in abstoßender Weise Juden verächtlich machte und ein Plakat mit der Aufschrift trug: „Die Juden sind unser Unglück“.

Die Synagogen-Gemeinde und andere Vertreter der jüdischen Öffentlichkeit richteten am 26. Juli ein scharfes Protestschreiben an den Senator des Innern. In seiner Antwort vom 27. August gab der Senator zwar seiner Miß-

¹¹ 1890–1959. Vgl. *Unser Danzig*, Jg. 11, Nr. 17, 5. September 1959, S. 14.

¹² Vgl. *Rauschning*, Gespräche, S. 31–33.

billigung „solcher Formen des politischen Kampfes“ Ausdruck und sagte zu, „ihnen mit Nachdruck entgegenzutreten, soweit er dazu eine gesetzliche Handhabe hat“. Aber zum Einschreiten der Polizei sah er keine Veranlassung, noch stellte der Wagen nach seiner Meinung „eine unmittelbare Bedrohung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung“ dar. In ihrer Antwort vom 2. September machte die Synagogen-Gemeinde nochmals auf die Dringlichkeit der Situation aufmerksam und bat, gesetzliche Maßnahmen gegen die antisemitischen Ausschreitungen zu ergreifen. Aber ihr Ersuchen blieb unbeantwortet und ohne Reaktion seitens des Senats¹³.

Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler deutscher Reichskanzler. Kurz nach dem Reichstagsbrand vom 27. Februar 1933 verlangte er, daß auch in Danzig Neuwahlen durchgeführt werden sollten. Er berief seinen Gauleiter Forster und dessen Stellvertreter Rauschning nach Berlin und warf ihnen vor, daß Danzig nicht mit dem Reich Schritt gehalten habe. Bei dieser Gelegenheit äußerte er, es gelte zunächst, festen Fuß zu fassen, „alles andere käme mit der nötigen Rücksichtslosigkeit dann von selbst“¹⁴.

Daraufhin wurde die Minderheitsregierung in Danzig vor die Forderung gestellt, den Volkstag aufzulösen und neue Wahlen durchzuführen. Der Antrag wurde am 13. April 1933 mit 41 gegen sechs Stimmen angenommen, und die Neuwahlen fanden am 28. Mai 1933 statt. Die Nationalsozialisten erhielten eine knappe Mehrheit von 50,03 %, immerhin mehr als die 43,9 %, die sie bei den Reichstagswahlen vom März 1933 erreicht hatten. Erster Senatspräsident wurde Dr. Hermann Rauschning, sein Stellvertreter Arthur Karl Greiser.

Schon vor Durchführung der Volkstagswahlen waren die Danziger Gewerkschaften gewaltsam gleichgeschaltet worden. Am 10. Mai 1933 hatte der deutsche Reichskommissar für die Gewerkschaften in Berlin den Leiter der Danziger nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation zu seinem Kommissar für die Danziger Gewerkschaften bestellt, der sofort ein Urteil des Danziger Amtsgerichts erwirkte, auf Grund dessen er die Leitung des Danziger Gewerkschaftsbundes übernahm. Die Berufung der Danziger Gewerkschaften gegen dieses Urteil blieb ohne Erfolg.

Der neue Volkstag verabschiedete am 23. Juni 1933 ein Ermächtigungsgesetz, das der Regierung Rauschning weitgehende Vollmachten gab, und damit war Danzig „in den unmittelbaren Einflußbereich der deutschen Staatsführung einbezogen worden“¹⁵.

¹³ Für den Wortlaut des Schriftwechsels vgl. Dok. I, 2.

¹⁴ *Rauschning*, Gespräche, S. 77.

¹⁵ Vgl. Elfte Verordnung über Ausgleichsleistungen nach dem Lastenausgleichsgesetz vom 18. Dezember 1956.

6. RÜCKBLICK AUF 50 JAHRE GEMEINDEGESCHICHTE

Etwa zur gleichen Zeit konnte die Jüdische Gemeinde in Danzig auf 50 Jahre ihres Bestehens zurückblicken. Im März 1933 veröffentlichte das *Jüdische Gemeindeblatt* eine Festnummer, welche dem 50jährigen Bestehen der Synagogen-Gemeinde gewidmet war. Sie enthielt einen längeren historischen Rückblick auf die Danziger Gemeindeverhältnisse vor und seit 1883 aus der Feder des Gemeinderabbiners Dr. Iwan Grün.

Vor 1883 hatte es in Danzig fünf kleine Gemeinden gegeben, in den Vorstädten Schottland, Weinberg, Langfuhr, Mattenbuden und auch in Danzig selber. Dem Vorsteher der Schottländer Gemeinde, Gustav Davidsohn, gelang es, zunächst vier dieser Gemeinden zu vereinen und im Jahre 1883 alle fünf zur Synagogen-Gemeinde Danzig zusammenzuschließen. Als Symbol ihrer Einheit hatte die Gemeinde im Jahre 1887 die stattliche Große Synagoge, dem Danziger Baustil angepaßt, an der Straße Reitbahn errichtet. Sie belastete die Gemeinde mit einer erheblichen Schuld gegenüber einem Danziger Bankenkonsortium, die in 67 Jahresraten getilgt werden sollte. Nur eine der alten Synagogen, die Mattenbudener, blieb für diejenigen bestehen, die die moderne Orgelsynagoge ablehnten und einen Gottesdienst in traditioneller Form vorzogen.

Dr. Grüns Amtsvorgänger, Dr. Robert Kaelter, war von 1908 bis 1926 als Gemeinderabbiner tätig gewesen. Während seiner Amtszeit, besonders in den Jahren 1920–1925, kamen etwa 60 000 Juden aus Polen und Rußland nach Danzig. Die meisten auf ihrem Weg nach Amerika. Sie wurden in einem Übergangslager auf dem Troyl, einer Insel im Danziger Hafengebiet, untergebracht, bis ihre Papiere für die Weiterwanderung eintrafen. Ein Emigrationskomitee unter Vorsitz von Dr. Kaelter übernahm die Fürsorge für die Auswanderer, anfangs finanziert von der Gemeinde, später in Gemeinschaft mit den großen amerikanischen Hilfsorganisationen *Hias* und *Joint*. Dr. Kaelter opferte dieser gigantischen Fürsorgearbeit für die Auswanderer seine Gesundheit und starb im Jahre 1926 auf der Höhe seines Lebens, im Alter von nur 52 Jahren.

Die Gemeinde, die ihn betrauerte, hatte sich in ihrem Bestand völlig verändert. Im Jahre 1910 waren etwa 2 700 Juden in Danzig ansässig. Die Zahl dieser alteingesessenen Danziger Juden sank 1923 auf etwa 2 500, während sich die Gesamtzahl der Juden damals durch die Zuwanderung der polnischen und russischen Juden auf fast 5 000 vermehrt hatte. Sie kamen entweder aus den an Polen abgetretenen deutschen Ostprovinzen oder gehörten zu denen, die aus der Zahl der 60 000 Flüchtlinge in Danzig verblieben waren, entweder weil sie keine Möglichkeit fanden, nach Übersee auszuwandern und gewiß nicht in die alte Heimat zurückkehren konnten, oder weil die Abkommen zwischen Danzig und Polen neue Entfaltungsmöglichkeiten für Männer

boten, die mit der Wirtschaft Osteuropas vertraut waren. Dieser Zuzug bedeutete, wie das *Gemeindeblatt* hervorhob, eine außerordentliche Bereicherung des jüdischen Gemeindelebens. Aber er hatte auch im Laufe der Jahre die Struktur der Danziger Jüdischen Gemeinde verändert. Die meisten der Alteingesessenen waren Akademiker oder im Einzelhandel tätig, während die Zugewanderten bald eine wichtige Rolle im Großhandel spielten oder als Handwerker und Händler in Danzig lebten. Im Jahre 1929 war die Anzahl der Juden in Danzig auf fast 10 500 angewachsen¹⁶.

In der Festnummer erschien auch eine Übersicht über die Vorsteher und Repräsentanten der Gemeinde seit dem 1. April 1883. Aus ihr ist klar zu erkennen, daß alte und neue Gemeindemitglieder seit 1920 Seite an Seite tätig waren. Allerdings bedeutete diese Zusammenarbeit keineswegs, daß es keine Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen jüdischen Richtungen gegeben hätte. In der Repräsentanz der Gemeinde standen sich (neben einem Vertreter der Orthodoxie) zwei Fraktionen gegenüber: die Liberalen und die Jüdische Volkspartei. Sie unterschieden sich in ihrer Auffassung über die Aufgaben der Gemeinde insofern, als die Liberalen sie auf das religiöse Gebiet beschränken wollten, während die Volkspartei den Rahmen der Gemeindetätigkeit auf alles erweitern wollte, was als gemeinsame jüdische Aufgabe gedacht werden konnte.

Angesichts dieser Gegensätze schloß der Gemeinderabbiner seinen Rückblick mit einem Ausblick, in welchem er die Schwierigkeiten vor 50 Jahren, zum Zusammenschluß der Gemeinde zu gelangen, mit den bestehenden Schwierigkeiten verglich, die Einheit der Gemeinde zu erhalten. Nur durch Einheit und Geschlossenheit könne die Gemeinde Kraft und Stärke finden, die ihr gestellten Aufgaben zu erfüllen und „allen Gewalten zum Trotz sich erhalten“.

Dieses Goethe-Zitat war der einzige Hinweis in der Festnummer auf die Gewalten, die am 30. Januar 1933 in Deutschland zur Herrschaft gelangt waren, und deren Wirkung auch die Danziger Juden schon seit 1930 zu spüren bekamen.

Das *Gemeindeblatt* war nicht die einzige Zeitschrift der Danziger Juden. Seit 1928 erschien das Organ der Jüdischen Volkspartei *Das Jüdische Volk* unter der Redaktion von Dr. Isaak Landau, der seit 1922 die Volkspartei in der Repräsentantenversammlung führte. Dr. Landau, ein bekannter Arzt, war

¹⁶ Die genaue Zahl der Juden ist kaum feststellbar, da bisweilen nur die in der Steuerliste der Gemeinde aufgeführten Gemeindemitglieder gezählt wurden, bisweilen alle, die sich bei Volkszählungen als Juden bekannten. Menschen jüdischer Abstammung wurden nicht gezählt. – *Ernst Sodeikat* (S. 109 f.), der beim Danziger Statistischen Landesamt tätig war, gibt aufgrund des Danziger Statistischen Taschenbuchs 1930/31 folgende Zahlen an, die sich offenbar auf die Freie Stadt Danzig, nicht nur auf die Stadtgemeinde Danzig beziehen: 1. Dezember 1910: 2717 (0,8 % der Gesamtbevölkerung); 1. November 1923: 7282; 31. August 1924: 9239 (2,4 %); 18. August 1929: 10 448.

NAMENREGISTER

- Abramsohn, Alfred 158
Abramsohn, Jacob 104
Abramsohn, Luba 104
Abromeit 136
Adler-Rudel, S. 129
Alter (Dr.) 156
Anker, Arthur 168
Anker, Dora 119
Anker, Leo 30, 178, 208, 209
Anspach, Willy 209
Appaly, Norbert 72
Aronsohn, Max 233
Aschenheim, Michaelis Götz 104
Aschenheim, Sarah 104
Ascher, Fritz Martin 25
Ausübel, Moritz 126, 130, 131
Avenol, Joseph 64
- Bach, Johann Sebastian 70
Baeck, Leo 27, 98
Balaban, Meier 70
Baerwald, Arthur 128
Baßler, Hilmar 193
Batzner, Paul 188
Baumann, Gerhard 164
Baumann, Max 70, 71
Baumgart, Leo 135
Baus, E. A. 66, 161
Beaverbrook, (Lord) William M. A. 154
Bechmann 170, 181
Beck, Jozef 49, 52, 80, 166, 215
Becker, Gert 233
Becker, Julius 102, 168, 208, 209
Beer-Hofmann, Richard 70
Beethoven, Ludwig van 70
Behr, Bruno 233
Belin, Henriette 126, 127
Benczkowski 234
Bentwich, Norman 92
Berant, Mates 146
- Berent, Ernst 3, 19, 20, 23, 26, 28, 30,
60, 75, 102, 121, 158, 168–171, 173,
174, 176–182, 193, 208
Berent, Walter 158
Beresin, Isaak 183
Berghold, Georg 167
Bergmann, Helmut von 215
Bieler, Maier 113, 116, 135
Bielewicz (poln. RA) 180
Bing, Hans 6
Bittner, Rudolf 102, 107, 128, 131, 133
136
Blumenfeld, Diana 70, 71
Blumenthal, Helmut 159, 166
Boeck, Adalbert 21
Boenheim, Walter 72
Borchheim, Heinrich 233
Böttcher, Viktor 57, 62, 63, 80, 84, 156,
185, 193, 202–204, 214, 216
Bremer, Margarete 233
Brinckmann, Emilie 146
Brodnitz, Hermann 93, 104
Brzezinski, Rudolf 168
Buber, Martin 27, 98
Burckhardt, Carl J. 51–55, 62–64, 71–74,
80–82, 95, 99, 101, 117, 202–204,
213–216
Büttner, Ernst 12, 67, 72
- Caskel, Max 66
Chamberlain, (Sir) Neville 215
Charlupki 234
Chodacki, Marian 64, 68, 202, 205, 215
Corelli, Arcangelo 70
Czarlinski, Minna (?) 233
- David, (Dr., dt. RA) 182
Davidsohn, Gustav 9, 98
Dehn 233
Delbos, Yvon 52
Denne, Ludwig 5, 6, 14, 50, 81, 110, 117
Dikansky, Abraham 167

- Dobkin, Elijahu 123
 Draband, Marie (?) 158
 Drum, Bruno 158, 165
- Echt, Samuel 23–25, 97, 103, 113
 Eckner 47
 Eden, (Lord) Anthony 36, 39, 40, 42, 48,
 49, 52, 53, 62, 185
 Eisenstadt, Benno (Benzion) 115, 140, 203
 Eisenstadt (Eshet), Viktor (Avigdor) 13
 Emden, Max 80
 Engel, Adam 208
- Fabian, Felix 168
 Feibel, Hermann 233
 Feibel, Isidor 233
 Feibusch, Irma 115, 226
 Feilchenfeld, Max 27, 166, 167
 Feilchenfeld, Werner 107
 Feldmann, Max 12, 162, 164
 Ferszt, Theo 142
 Feuer, Hermann 162
 Finkelstein, Saul 208
 Fleckser 234
 Fleiner, Fritz 40
 Foerder, Herbert Y. 108
 Forster, Albert 7, 8, 11, 12, 15, 16, 29,
 31, 32, 34, 38, 44, 49, 50, 52–55, 59,
 61, 72, 79, 81, 82, 93, 117, 118, 130,
 169–171, 182, 195–197, 200, 204, 216,
 231
 Förster, Benno 135
 Freymann (Warenhaus) 80, 166
 Frick, Botho 160
 Friedeberg, Edith 142
 Friedeberg, Isidor 128
 Friedländer, H. (Dr. med.) 158, 159
 Friedländer, Heinz 182
 Friedländer, Moritz 160, 182
 Froböß, Hellmut 15, 43, 84, 93, 101
 Fröhlich, Olga Irène 161
 Frumkin, Abraham Ber 74
 Fürst 233
 Fürstenberg, Arnold 116, 144, 146, 147,
 233
- Gabrielski, Harry 136
 Galan, Paula 233
 Gallasch, Ernst 159
 Gallman, Waldemar J. 203, 204
 Gandhi 4
 Genzer, Manie 134
 Genzer, Margit 134
 Gerson, Eva 122, 123
 Gerson, Fritz 122
 Gerson, Martha 122, 123
 Gerson, Walter 12, 16, 30, 75, 76, 121,
 122, 162, 164, 165, 167, 174
 Geldzinski, Leiser 97, 126
 Gittermann, Jizchak 97
 Giustiniani, (Marchese) Enrico 62, 64,
 202
 Glick 204
 Glücksam 233
 Goebbels, Paul Josef 79, 167, 215
 Goldberg, Rosa 125
 Goldberg-Rudkowski, Gregor 67, 208
 Goldhaber, Leo 66, 67, 115, 208, 209
 Goldhaber, Perla 145
 Goldhaber, Simon 145
 Goldmann, Nachum 63, 122, 123
 Goldstein, Leo 17
 Golinkin, Mordechaj J. 113
 Göring, Hermann 62, 154
 Goethe, Joh. Wolfgang 10, 186
 Gottlieb, H. 91
 Grau, Oskar 120
 Gravina, (Graf) Manfredo 35
 Grechalla, Marianne 233
 Greiser, Arthur Karl 8, 13, 14, 16, 17,
 19, 31–34, 36–38, 40, 42–45, 49, 50, 53,
 60, 62, 64, 68, 71, 73, 81, 82, 93, 101,
 164, 170, 176–182, 184–186, 200, 201,
 204, 209, 210, 214, 221, 222, 224–226
 Grimm, Friedrich 47
 Grinspun (Gebr.) 183
 Großmann, Kurt 4
 Grötzner, Karl 67, 86, 189
 Grün, Iwan 9, 25, 87, 113, 163
 Grünbaum, Jizchak 123
 Grynszpan, Herschel 76
 Grzebin, Rafael 181
 Guter, Leo 130, 160
 Gutmann 233
- Haag (Senatsrat) 30, 174
 Haas, Fritz 183
 Haberfeld, Rita 23, 25, 145
 Haberfeld, Romana 25, 145, 146, 160
 Hagens, v. (Obergerichtspräsident) 43,
 186
 Halifax, (Lord) Edward 215
 Händel, Georg Friedrich 70
 Heilsberg, Hago 172
 Hell (Baurat) 162
 Hellmann-Oliva 233
 Hellwig, Max 143

- Herszman, Israel 128, 129
 Herzberg, Paul 160
 Hess, Rudolf 180
 Hildebrandt, Walter 107, 108, 131
 Hindenburg, Paul v. 32
 Hinkel, Hans 26
 Hinz (Senator) 152
 Hirsch (Dr. med.) 228
 Hirsch, Alfred 135
 Hirschfeld, Oliva 233
 Hitler, Adolf 7, 8, 11, 31, 32, 50, 53, 55,
 63, 73, 117, 121, 195, 200
 Hohnfeldt, Hans 15
 Holstein, David 233
 Hoppenrath, Julius 224–226
 Huth, Wilhelm 73, 213, 221, 222, 225,
 226

 Itzig, Curt 83, 87, 88, 92, 103, 108, 113,
 131, 168
 Itzig, Else 103

 Jakobsohn (Frau) 158
 Jakobsohn (Pelzarbeiter) 234
 Jakubowski, Kurt 74, 77, 113, 127
 Janson, Martin v. 79, 96, 213, 214,
 218–220
 Jecyerski, Maximilian 233
 Jelski (Sanitätsrat) 159
 Jelski (Röntgenassistentin) 159
 Jelski, Irene 161
 Jewelowski, Julius 6
 Jonas, David 17, 113, 116, 124, 125, 127,
 128, 130–134, 136, 140–144, 146, 232,
 233, 235
 Jonas, Frieda 144
 Jurczyk 233

 Kalianski, Leon 159
 Kaliski, Emanuel 183
 Kaelter, Franz David 27
 Kaelter, Feo 141
 Kaelter, Robert 9, 141
 Kaminer, Heinz 102
 Kaminska, Ida 71
 Kammer, Heribert 16, 101, 106, 120, 121
 Kamnitzer, Bernhard 7, 151
 Kamnitzer, Siegbert 159
 Kampe, Werner 58, 93
 Kant, Immanuel 190
 Karlin, M. B. 27
 Kaulbarsch 162
 Kennard, (Sir) Howard 80

 Kerbs, Bruno 164
 Kerbs, Selmar 164
 Kerrl, Hans 155
 Kiewning, Max 180
 Kipnis, Alexander 27
 Kissin, Harry 182
 Koester, Hans 175, 185
 Kosters, Jan 40
 Krauel, Wolfgang 199, 200
 Krause 233
 Kurnik, Max 138
 Kuschel, Bertha 233
 Kuschel, Therese 233
 Kuttner 234

 Lachmann, Isidor 142, 183
 Łagiewicz, Wladislaus 192
 Landau, Isaak 10, 11, 130, 153, 155, 156
 Landauer, Georg 108
 Landecker, Leopold 95
 Lange, Jacob 116, 121
 Lange, Moritz 233
 Lapidas, Harry 160, 166
 Laski, Neville 30
 Lazarus, Anna 183
 Lehmann 145
 Leonhardt, Hans L. 5, 50, 51
 Lepehne, Walter 17, 74
 Lester, Seán 31, 35–37, 39, 40, 42–44,
 46, 49–51, 175, 176, 185
 Levinsohn, Heinrich 108
 Levy, Adolf 20
 Levy, Simon 115
 Lewinsky, Hermann 77
 Lewinsohn, Ernst 135
 Lewy, Herbert 85, 89, 91, 99, 102, 108,
 113, 130
 Lichtenstein, Albert 96
 Lichtenstein, Erwin 5, 16, 20, 113, 125,
 235
 Lichtzohn 234
 Lindemann, Arthur 127
 Lippmann, Julius 84, 93
 Lipski, Jozef 80, 215
 Litten, Manfred 25, 145
 Litten, Schoschana 145
 Liwak 233
 Loevy, Theodor 46
 Löwenbach, Philipp 162
 Löwenherz, Henryk 144, 168
 Löwenherz, Josef 144
 Löwenthal, Siegfried 233
 Loewy, Hermann 233

- Luckwald, Erich v. 60, 192, 194, 205
 Lühning, Heinz 180
- Maciejewski 233
 Mannas, Jakob 126, 127
 Margulies, Bernhard 17
 Marks v. Württemberg, (Baron) E. T.
 40
 Maschkowski, Arthur 233
 Maschkowski, Auguste 124
 Maschkowski, Moritz 124
 Maschler, Louis 168
 Maßfeller, Franz 119
 Mazur, Adolf 33, 115, 168, 176, 178,
 179, 208
 Merz, Hermann 161
 Messer 234
 Mestschanski (Meyshan), Josef 115
 Mettner, Frieda 25
 Mirkin, Boris 208
 Möller, Paul 151, 153, 167
 Molotow, Wjascheslaw M. 117
 Motta, Giuseppe 52
 Müller (Dr. med.) 181
 Müller, Karl Eugen 5
 Mundstück, Josef (?) 234
- Nawratzki, Curt 14
 Neger, Chaskel David 137
 Neumann, Louis 160
 Neumann, Horst 67
 Neumann, Max 154
 Neurath, Konstantin v. 71, 215
 Neustadt, Arthur 126
 Nichterlein, Otto 180
 Niclas 163, 164
- Ollendorff, Franz 25
- Pape, Isaak 115, 168
 Papée, Kasimierz 35
 Papen, Franz v. 7
 Peiser, Dorothea 233
 Pertschep, Julius 183
 Pilsudski, (Marshall) Jozef 166
 Pines, Heinrich 67, 182, 208
 Ploc, Szmul (?) 234
 Plonski 234
 Plotkin, Israel 115
 Prins, Henry 26, 70, 145
 Prins, Lotte 24, 145
 Prinz, Joachim 26, 27
- Prinz, Max 138
 Propes, Aron 99
- Rabe, Carl 162, 165
 Radowitz, Otto v. 45
 Rath, Ernst vom 76
 Ratzek, Else 233
 Rauschning, Hermann 7, 8, 11–15, 18,
 28–38, 44, 46, 50, 71, 164–170, 173,
 175–178, 181, 182
 Reimann 233
 Reis, van der (Prof.) 159
 Reiss (Jurist) 156, 190
 Reuchlin, Johannes 71
 Ribbentrop, Joachim v. 71, 117, 215
 Roediger 185
 Rogoyski (Legationsrat) 192
 Rolland, Romain 4
 Roman, Antoni 12
 Roosevelt, Franklin D. 63, 84, 203
 Rosenbaum, Bernhard 12–14, 17, 20,
 23–25, 28, 60, 75–77, 121, 145, 162,
 164, 166–169, 176–184, 193
 Rosenbaum, Ernst 75, 145, 170, 174
 Rosenbaum, Ruth 24, 25, 97, 146
 Rosenblüth, Martin 85, 102
 Rosenfeld, Heinrich 115, 208
 Rosenthal, Ella 117, 125, 134, 142, 235
 Rosenthal, Kurt 28, 90, 91, 113, 168, 170,
 171, 173, 183, 184
 Rosenthal, Walter 74
 Rosenthal-Reissner, Margarete 74, 113
 Rosting, Helmer 15, 35
 Ruben, Herbert 65
 Rumpe 67
 Rumpf 156
 Ruschewitzki 234
 Ruschkewitz, Erich 117, 135, 142, 143,
 235
 Ruschkewitz, Jenny 235
 Ruschkewitz (a. Berlin) 233
- Sahn, Heinrich 5–7, 14
 Salomon, Siegbert 233
 Salzberg, Alois 161
 Samuel, (Sir) Herbert 92
 Sander, Robert 130–134, 141–144, 146,
 147
 Sandler, Edith (?) 234
 Sandler, Richard 82
 Schäfer (Ingenieur) 154
 Scherman, Aron 129
 Scherman, Feige 129

- Scheunemann, Walther 156, 157
 Schmekanowski 234
 Schmidt, Joseph 27
 Schmidtmayer, Adolf 126, 127
 Schönfließ 144, 233
 Schopf, Sigmund 168
 Schopf, Walter 115, 168
 Schufftan, Leopold 113, 121, 127, 135
 Schwarzmann, Hillel 115
 Schwersenz, Martin 183
 Sebba, Max 160
 Segal 145
 Segall, Hermann 68, 85, 87, 89, 92, 99, 131, 233
 Segall, Josef 115, 209
 Selberg, Otto 26, 161
 Selinger, Isidor 123
 Semmelmann, Josef 60
 Shepherd, (Sir) Edward H. G. 85, 100–102, 216
 Shertok (Sharett), Mosche 123
 Silber, Aron 113, 132, 141
 Soberski, Bruno 135, 136, 233
 Sodeikat, Ernst 10, 46, 50, 60, 66
 Sonntag, Rudolf 162
 Spektor, Herbert 145
 Spektor, Isaak 144
 Spektor, Mally 145
 Spektor, Moritz 145
 Spektor, Sara 145
 Spiro, Eugen 163
 Sternfeld, Nathan 163, 166
 Sternfeld, Norbert 180
 Sternfeld, Sara 115
 Storfer, B. J. 129
 Streicher, Julius 12
- Tempel, Walter 108
 Thal, Willi 115, 116, 124, 125, 127
 Torday, Siegmund 113
 Tournelle, Guy de la 203
 Trevor, Daphne 139
 Tröger (Dr.) 86, 99, 100
 Troper, Morris Carlton 126, 130, 131
- Turbowitsch, Abram 115
 Turkow, Jonas 70, 71
- Urbach, Szyja 120
- Ventzke, Kurt 183
- Wallenberg, Adolf 113, 160
 Walters, Frank 54, 55, 62–64, 81, 202, 203
 Warschawzik 122, 123
 Wartski, Berthold 130–132, 134, 135, 137, 138
 Weile (od. Weyl), Wilhelm 136, 233
 Weinberg, Siegmund 126
 Weinkrantz, Alfred 208
 Weintraub, Basche 234
 Weiß, David 25, 77, 113
 Weizmann, Chaim 139
 Weizsäcker, Ernst v. 52, 71, 73, 81, 213, 215, 216
 Werner, Theodor 183
 Wiechmann, Hans 52, 121
 Wiers-(Wiercinski-)Keiser, Willibald 73, 174, 213
 Willdorf, Hermann 233
 Willers, Erich 180
 Wise, Stephen S. 48, 49, 63, 193, 197, 201
 Wittkowski (Dr. med.) 228
 Wohler 33, 176, 180, 181
 Wolff, Richard 183
 Wollkieser 193
 Woythaler, Albert 183
 Woznianski, Heinrich 115
- Zander, Gustav 16, 153, 168
 Ziehm, Ernst 6, 7, 14
 Zielinski 233
 Zint, Hans 4
 Zipper (Zipori), Karl Bernhard (Dov) 13, 14
 Zwergbaum, Aaron 139